

Vorschlag Verwaltung	Änderungsantrag i. S. Zuständigkeitsordnung von SPD / CDU	Zuständigkeitsordnung gemäß Vorschlag von SPD und CDU
<p>1. Haupt- und Finanzausschuss</p> <p>1.1 Der Haupt- und Finanzausschuss berät in allen Angelegenheiten</p> <p>a. für die kein Fachausschuss zuständig ist, b. mit finanziellen Auswirkungen (Haushaltssatzung etc.) soweit nicht die Zuständigkeit des Rates gegeben ist.</p> <p>1.2 Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über alle nicht dem Rat vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung oder solche Angelegenheiten handelt, die an Fachausschüsse oder den Bürgermeister delegiert oder für die nach gesetzlichen Vorgaben andere Zuständigkeiten geregelt sind</p> <p>b. in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW)</p> <p>c. über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung; zu diesem Zweck hat der Bürgermeister den Ausschuss jeweils über solche Planungsvorhaben zu unterrichten (§ 61 GO NRW)</p> <p>d. über die Genehmigung der Dienstreisen von Ratsmitgliedern sowie Ausschuss- und Beiratsmitgliedern, soweit der Gesamtaufwand über 1.000 € liegt</p>	<p>Ziff. 1.2 c ist zu ändern in: „...von besonderer Bedeutung. Zu diesem Zweck hat der Bürgermeister den Ausschuss regelmäßig und frühzeitig über solche Planungsvorhaben zu unterrichten.“</p>	<p>1. Haupt- und Finanzausschuss</p> <p>1.1 Der Haupt- und Finanzausschuss berät in allen Angelegenheiten</p> <p>a. für die kein Fachausschuss zuständig ist, b. mit finanziellen Auswirkungen (Haushaltssatzung etc.) soweit nicht die Zuständigkeit des Rates gegeben ist.</p> <p>1.2 Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über alle nicht dem Rat vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung oder solche Angelegenheiten handelt, die an Fachausschüsse oder den Bürgermeister delegiert oder für die nach gesetzlichen Vorgaben andere Zuständigkeiten geregelt sind</p> <p>b. in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW)</p> <p>c. über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung; zu diesem Zweck hat der Bürgermeister den Ausschuss jeweils über solche Planungsvorhaben zu unterrichten (§ 61 GO NRW) <u>von besonderer Bedeutung. Zu diesem Zweck hat der Bürgermeister den Ausschuss regelmäßig und frühzeitig über solche Planungsvorhaben zu unterrichten</u></p> <p>d. über die Genehmigung der Dienstreisen von Ratsmitgliedern sowie Ausschuss- und Beiratsmitgliedern, soweit der Gesamtaufwand über 1.000 € liegt</p>

<p>e. über An- und Verkauf sowie Verpachtung von städt. Grundstücken von 75.000 bis 250.000 €. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind. Über Vermarktung und Entwicklung von Grundstücken unterhalb der Wertgrenze ist dem Ausschuss jährlich zu berichten.</p> <p>f. über den Erlass, die Stundung sowie die unbestimmte Niederschlagung von Forderungen über 200.000 €.</p> <p>1.3 Der Haupt- und Finanzausschuss trifft die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind (§ 59 Abs. 2 GO NRW).</p> <p>1.4 Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen (§ 59 Abs. 1 GO NRW)</p> <p>1.5 Dem Haupt- und Finanzausschuss obliegt die Aufgabe der Entgegennahme und Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW (i. V. mit § 5 der Hauptsatzung der Stadt Lünen).</p>	<p>Ziff. 1.2 e ist wie folgt zu fassen: den An- und Verkauf sowie Verpachtung und Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden über 1 Mio. Euro selbstständig. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind die Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind.</p> <p>Ziff. 1.6, Sätze 1 + 2 sind zu streichen und dem A. für PersOrgaDigi zuzuordnen.</p>	<p>e. über An- und Verkauf sowie Verpachtung von städt. Grundstücken von 75.000 bis 250.000 €. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind. Über Vermarktung und Entwicklung von Grundstücken unterhalb der Wertgrenze ist dem Ausschuss jährlich zu berichten.</p> <p><u>e. über den An- und Verkauf sowie Verpachtung und Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden über 1 Mio. Euro selbstständig. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind die Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind.</u></p> <p>f. über den Erlass, die Stundung sowie die unbestimmte Niederschlagung von Forderungen über 200.000 €.</p> <p>1.3 Der Haupt- und Finanzausschuss trifft die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind (§ 59 Abs. 2 GO NRW).</p> <p>1.4 Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen (§ 59 Abs. 1 GO NRW)</p> <p>1.5 Dem Haupt- und Finanzausschuss obliegt die Aufgabe der Entgegennahme und Behandlung von Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW (i. V. mit § 5 der Hauptsatzung der Stadt Lünen).</p>
---	--	---

1.6 Der Haupt- und Finanzausschuss setzt den Rahmen für Beteiligungscontrolling. Er berät insbesondere Strukturen und Grundsätze der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt. Der Haupt- und Finanzausschuss setzt den Rahmen für das kommunale Finanz- und Konsolidierungs- und Investitionscontrolling. Er lässt sich regelmäßig über die Ergebnisse unterrichten und kann eigene Themenschwerpunkte festsetzen.

1.7 Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht dem Rat zur Entscheidung vorbehalten sind, zur Kenntnis.

1.8 Der Haupt- und Finanzausschuss ist federführend für die Weiterentwicklung der Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Zukunft der Infrastruktur, der Inklusion und der Bürgerbeteiligung im Rahmen des LÜNER DIALOGS zuständig.

1.9 Der Haupt- und Finanzausschuss berät neue beabsichtigte Vorhaben ab einer Größenordnung von 200.000 € für den Rat vor.

1.10 Der Haupt- und Finanzausschuss kann zur Vorberatung komplexer und abstimmungsrelevanter Themen eine Finanzkommission bilden.

~~1.6 Der Haupt- und Finanzausschuss setzt den Rahmen für Beteiligungscontrolling. Er berät insbesondere Strukturen und Grundsätze der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt.~~ Der Haupt- und Finanzausschuss setzt den Rahmen für das kommunale Finanz- und Konsolidierungs- und Investitionscontrolling. Er lässt sich regelmäßig über die Ergebnisse unterrichten und kann eigene Themenschwerpunkte festsetzen.

1.7 Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht dem Rat zur Entscheidung vorbehalten sind, zur Kenntnis.

1.8 Der Haupt- und Finanzausschuss ist federführend für die Weiterentwicklung der Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Zukunft der Infrastruktur, der Inklusion und der Bürgerbeteiligung im Rahmen des LÜNER DIALOGS zuständig.

1.9 Der Haupt- und Finanzausschuss berät neue beabsichtigte Vorhaben ab einer Größenordnung von 200.000 € für den Rat vor.

1.10 Der Haupt- und Finanzausschuss kann zur Vorberatung komplexer und abstimmungsrelevanter Themen eine Finanzkommission bilden.

<p>2. Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten</p> <p>2.1 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten berät in allen Angelegenheiten</p> <p>a. des Kultur- und Freizeitsektors b. der Städtepartnerschaften und internationalen Kontakte soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>2.2 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über die Zielvorgaben für die Verwaltung in allen Bereichen des Kultur- und Freizeitwesens und nimmt Arbeitsberichte entgegen b. über die Richtlinien der Zuwendungsgewährung c. über die künstlerische Gestaltung des öffentlichen Raumes, soweit die Stadt Lünen Auftraggeber oder Grundstückseigner ist d. über den Ankauf von Kunstgegenständen. Empfehlungen zum Ankauf werden durch eine dafür zu bildende Kommission erteilt.</p> <p>2.3 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten bestätigt die Vergabe des Kulturpreises der Stadt Lünen gemäß den Vergaberichtlinien.</p>	<p>Ziff. 2.3 ist zu ändern in:</p> <p>Der Ausschuss für Kultur und Europaangelegenheiten bestätigt und verkündigt die Vergabe des Kulturpreises und des Kulturförderpreises der Stadt Lünen gemäß den Vergaberichtlinien.</p>	<p>2. Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten</p> <p>2.1 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten berät in allen Angelegenheiten</p> <p>a. des Kultur- und Freizeitsektors b. der Städtepartnerschaften und internationalen Kontakte soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>2.2 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über die Zielvorgaben für die Verwaltung in allen Bereichen des Kultur- und Freizeitwesens und nimmt Arbeitsberichte entgegen b. über die Richtlinien der Zuwendungsgewährung c. über die künstlerische Gestaltung des öffentlichen Raumes, soweit die Stadt Lünen Auftraggeber oder Grundstückseigner ist d. über den Ankauf von Kunstgegenständen. Empfehlungen zum Ankauf werden durch eine dafür zu bildende Kommission erteilt.</p> <p>2.3 Der Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaften und Europaangelegenheiten bestätigt die Vergabe des Kulturpreises der Stadt Lünen gemäß den Vergaberichtlinien. <u>Der Ausschuss für Kultur und Europaangelegenheiten bestätigt und verkündigt die Vergabe des Kulturpreises und des Kulturförderpreises der Stadt Lünen gemäß den Vergaberichtlinien.</u></p>
---	---	---

<p>3. Ausschuss für Bildung und Sport</p> <p>3.1 Der Ausschuss für Bildung und Sport berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Schul-, Musikschul-, Volkshochschulsektors und der Stadtbücherei des Sportsektors der „offenen Ganztagschule“ soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist der Arbeitsintegration Jugendlicher mit besonderen Berufsstart-schwierigkeiten <p>3.2 Der Ausschuss für Bildung und Sport entscheidet im Einzelnen</p> <ol style="list-style-type: none"> über Schulbau- und Sportanlagenbauprogramme einschl. Umbau und Erweiterung sowie Ausgestaltung von Schulsportanlagen einschl. Turnhallen über Neubau, Sanierung und Umgestaltung von Sportanlagen über den Erlass von Richtlinien zur Förderung des Sports über die Zielvorgaben der Volkshochschule und nimmt die Arbeits-berichte entgegen (§ 4 der VHS-Satzung). über die Zielvorgaben der Musikschule 	<p>Ziff. 3.1 e ist zu streichen und wieder in den Ausschuss f. Bürgerservice und Soziales aufzunehmen.</p> <p>Ziff. 3.2 f ist zu ergänzen: „über die Verwendung der Sportpauschale“</p>	<p>3. Ausschuss für Bildung und Sport</p> <p>3.1 Der Ausschuss für Bildung und Sport berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Schul-, Musikschul-, Volkshochschulsektors und der Stadtbücherei des Sportsektors der „offenen Ganztagschule“ soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist der Arbeitsintegration Jugendlicher mit besonderen Berufsstart-schwierigkeiten <p>3.2 Der Ausschuss für Bildung und Sport entscheidet im Einzelnen</p> <ol style="list-style-type: none"> über Schulbau- und Sportanlagenbauprogramme einschl. Umbau und Erweiterung sowie Ausgestaltung von Schulsportanlagen einschl. Turnhallen über Neubau, Sanierung und Umgestaltung von Sportanlagen über den Erlass von Richtlinien zur Förderung des Sports über die Zielvorgaben der Volkshochschule und nimmt die Arbeits-berichte entgegen (§ 4 der VHS-Satzung). über die Zielvorgaben der Musikschule <u>f. über die Verwendung der Sportpauschale</u>
---	---	--

<p>4. Ausschuss für Sicherheit und Ordnung</p> <p>4.1 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Brandschutzes und Rettungswesens der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Abfallbeseitigung und Straßenreinigung der Ausbauplanung von Straßen und Verkehrsanlagen <p>soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>4.2 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung entscheidet im Einzelnen</p> <ol style="list-style-type: none"> über Grundsatzfragen in Zusammenhang mit der Ausführung von Ratsentscheidungen auf den unter 5.1 genannten Gebieten über Art und Umfang des Straßenbaues (Bauprogramm) bei der erstmaligen Anlage nach dem BauGB und dem nachmaligen Ausbau (KAG) nach Bürgeranhörung. über die Übertragung einer Erschließung nach dem BauGB auf Dritte über die Anwendung der Kostenspaltung bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und von 	<p>Ziff. 4.1 c ist in der aktuellen Form zu streichen und dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität zuzuordnen. Ziff. 4.1 c neu: Grundsatzfragen im Bereich der Verkehrsplanung.</p> <p>Ziff. 4.2 a muss heißen: „...unter 4.1 genannten Gebieten“.</p> <p>Ziff. 4.2 b neu: „über die Ausbauplanung von Straßen und Verkehrsanlagen“</p> <p>Ziff. 4.2 c neu: „über die Herstellung von Verkehrsanlagen, ohne dass ein Bebauungsplan vorliegt (§ 125 Abs. 2 des Baugesetzbuches)“.</p> <p>Ziff. 4.2 d neu: „über die Entwurfspläne des Ausbaus von Straßen, Geh- und Radwegen“.</p>	<p>4. Ausschuss für Sicherheit und Ordnung</p> <p>4.1 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Brandschutzes und Rettungswesens der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Abfallbeseitigung und Straßenreinigung <u>c. Grundsatzfragen im Bereich der Verkehrsplanung</u> der Ausbauplanung von Straßen und Verkehrsanlagen <p>soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>4.2 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung entscheidet im Einzelnen</p> <ol style="list-style-type: none"> über Grundsatzfragen in Zusammenhang mit der Ausführung von Ratsentscheidungen auf den unter 5.1 <u>4.1</u>-genannten Gebieten über Art und Umfang des Straßenbaues (Bauprogramm) bei der erstmaligen Anlage nach dem BauGB und dem nachmaligen Ausbau (KAG) nach Bürgeranhörung. <u>b. über die Ausbauplanung von Straßen und Verkehrsanlagen</u> über die Übertragung einer Erschließung nach dem BauGB auf Dritte <u>c. über die Herstellung von Verkehrsanlagen, ohne dass ein Bebauungsplan vorliegt (§ 125 Abs. 2 des Baugesetzbuches)</u> über die Anwendung der Kostenspaltung bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und von
--	--	--

<p>Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen nach den städt. Satzungen</p> <p>e. über die Widmung und Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen</p>	<p>Ziff. 4 e neu: „über Angelegenheiten des Verkehrsrechts von besonderer Bedeutung (z. B. Regionalisierungsgesetz).</p> <p>Ziff. 4.2 f – i = die alten Ziff. 4.2 b – e</p>	<p>Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen nach den städt. Satzungen</p> <p><u>d. über die Entwurfspläne des Ausbaus von Straßen, Geh- und Radwegen</u></p> <p>e. über die Widmung und Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen</p> <p><u>e. über Angelegenheiten des Verkehrsrechts von besonderer Bedeutung (z. B. Regionalisierungsgesetz)</u></p> <p><u>f. über Art und Umfang des Straßenbaues (Bauprogramme) bei der erstmaligen Anlage nach dem BauGB und dem nachmaligen Ausbau (KAG) nach Bürgeranhörung.</u></p> <p><u>g. über die Übertragung einer Erschließung nach dem BauGB auf Dritte</u></p> <p><u>h. über die Anwendung der Kostenspaltung bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen nach den städt. Satzungen</u></p> <p><u>i. über die Widmung und Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen</u></p> <p><u>j. über Angelegenheiten des Verkehrsrechtes von besonderer Bedeutung (z. B. Regionalisierungsgesetz)</u></p> <p><u>k. über die Herstellung von Verkehrsanlagen, ohne dass ein Bebauungsplan vorliegt (§ 125 Abs. 2 des Baugesetzbuches)</u></p> <p><u>l. über Entwurfspläne des Ausbaues von Straßen, Geh- und Radwegen</u></p>
---	---	---

<p>4.3 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wird regelmäßig über</p> <ul style="list-style-type: none">a. den Sachstand (Kosten/Zeitraumen) zu städt. Baumaßnahmen seines Zuständigkeitsbereichesb. über Auftragsvergaben im VOB-, VOL- und VOF-Bereich ab 25.000 Euro/netto informiert.		<p>4.3 Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wird regelmäßig über</p> <ul style="list-style-type: none">a. den Sachstand (Kosten/Zeitraumen) zu städt. Baumaßnahmen seines Zuständigkeitsbereichesb. über Auftragsvergaben im VOB-, VOL- und VOF-Bereich ab 25.000 Euro/netto informiert.
---	--	---

<p>5. Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung</p> <p>5.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> der Stadtentwicklung der Stadtplanung des Denkmalschutzes des Umwelt- und Immissionsschutzes, der Umweltplanung und des Klimaschutzes, soweit sie von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung sind der örtlichen und überörtlichen Verkehrsentwicklungsplanung und -programmen sowie Verkehrsplanungen von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung des Grünflächenwesens <p>soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>5.2 Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt entscheidet im Einzelnen</p> <p>Im Bereich der Stadtentwicklung</p> <ol style="list-style-type: none"> über die Grundzüge der Stadtentwicklung und die stadtentwicklungspolitischen Leitlinien, planerische Grundsatzfragen von hohem Querschnittscharakter, thematische und räumliche Entwicklungsplanungen über Fachprogramme/-pläne zur Flächenvorsorge und Standortplanung über Projekte von gesamtstädtischer, überörtlicher oder regionaler Bedeutung einschließlich Stellungnahmen im Rahmen von Planverfahren Dritter <p>Im Bereich der Stadtplanung</p> <ol style="list-style-type: none"> über die Einleitung von Verfahren der Bauleitplanung über den Standort von Kunstobjekten im öffentlichen Raum. 	<p>Einzufügen ist:</p> <p>Ziff. 5.2 e neu: „über die Standorte von öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden“ (Ziff. 5.2 e und 5.2 f alt werden 5.2 f und 5.2 g neu).</p> <p>Darüber hinaus einzufügen an geeigneter Position (vor 5.2.a?): Ziff. 7.2 a und b</p>	<p>5. Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung</p> <p>5.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> der Stadtentwicklung der Stadtplanung des Denkmalschutzes des Umwelt- und Immissionsschutzes, der Umweltplanung und des Klimaschutzes, soweit sie von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung sind der örtlichen und überörtlichen Verkehrsentwicklungsplanung und -programmen sowie Verkehrsplanungen von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung des Grünflächenwesens <p>soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>5.2 Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt entscheidet im Einzelnen</p> <p>Im Bereich der Stadtentwicklung</p> <ol style="list-style-type: none"> <u>über Stellungnahmen zu Planungen und Vorhaben mit hoher Umweltrelevanz, wie zu Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren nach Sondergesetzen (BlmSchG, WHG, AbfG, BBergG u. a.), soweit es sich um bedeutende Vorhaben oder um wesentliche Änderungen bestehender Anlagen handelt</u> <u>bei Stellungnahmen zur Gestaltung oder Inanspruchnahme von Landschaftsräumen, die durch Größe und Potential wichtige Funktionen für die Stadt oder die Stadtteile wahrnehmen</u> <p><u>a.c.</u> über die Grundzüge der Stadtentwicklung und die stadtentwicklungspolitischen Leitlinien, plane-</p>
---	---	---

<p>Im Bereich des Denkmalschutzes f. über die nach dem Denkmalschutzgesetz zu behandelnden wichtigen Aufgaben und über die notwendigen Beschlussfassungen zur Führung der Denkmalliste.</p> <p>5.3 Der Ausschuss für Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung ist regelmäßig über Entscheidungen über die Vergabe von Planungsarbeiten im Rahmen seiner Zuständigkeiten ab einem Auftragsvolumen von 25.000 € zu informieren.</p> <p>5.4 Der Ausschuss für Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung berät für den Rat folgende Angelegenheiten vor:</p> <p>a. Feststellungsbeschlüsse bei Aufstellung und Änderung des Flächennutzungsplans und Satzungsbeschlüsse für Bebauungspläne b. Instrumente zur Sicherung der Bauleitplanung c. der nach dem BauGB und anderen der Bauordnung NRW und anderen Gesetzen durch den Rat zu beschließenden Angelegenheiten des Ortsrechts</p>		<p>rische Grundsatzfragen von hohem Querschnittscharakter, thematische und räumliche Entwicklungsplanungen</p> <p><u>b.d.</u> über Fachprogramme/-pläne zur Flächenvorsorge und Standortplanung</p> <p><u>e.e.</u> über Projekte von gesamtstädtischer, überörtlicher oder regionaler Bedeutung einschließlich Stellungnahmen im Rahmen von Planverfahren Dritter</p> <p>Im Bereich der Stadtplanung <u>e.f.</u> über die Einleitung von Verfahren der Bauleitplanung</p> <p><u>g. über die Standorte von öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden</u></p> <p><u>h. über den Standort von Kunstobjekten im öffentlichen Raum</u></p> <p>Im Bereich des Denkmalschutzes <u>f.i.</u> über die nach dem Denkmalschutzgesetz zu behandelnden wichtigen Aufgaben und über die notwendigen Beschlussfassungen zur Führung der Denkmalliste.</p> <p>5.3 Der Ausschuss für Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung ist regelmäßig über Entscheidungen über die Vergabe von Planungsarbeiten im Rahmen seiner Zuständigkeiten ab einem Auftragsvolumen von 25.000 € zu informieren.</p> <p>5.4 Der Ausschuss für Ausschuss für Stadtentwicklung und -planung berät für den Rat folgende Angelegenheiten vor:</p>
--	--	--

		<p>a. Feststellungsbeschlüsse bei Aufstellung und Änderung des Flächennutzungsplans und Satzungsbeschlüsse für Bebauungspläne</p> <p>b. Instrumente zur Sicherung der Bauleitplanung</p> <p>c. der nach dem BauGB und anderen der Bauordnung NRW und anderen Gesetzen durch den Rat zu beschließenden Angelegenheiten des Ortsrechts</p>
--	--	--

<p>6. Ausschuss für Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt</p> <p>6.1 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales berät alle Angelegenheiten im Bereich des Bürgerservices sowie der Sozialpolitik, soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses (insbesondere des Jugendhilfeausschusses) oder des Rates gegeben ist.</p> <p>6.2 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über allgemeine Zielvorgaben und Zielvereinbarungen im Bereich des Bürgerservice, der Sozialpolitik und der Weiterentwicklung des Ehrenamtes</p> <p>b. über freiwillige Zuwendungen an Verbände, Vereine, Selbsthilfe-gruppen, soweit der Empfänger nicht durch den Rat benannt ist</p> <p>c. über Richtlinien und Grundsätze für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen (Zwar, Alten- und Behindertenzuschüsse etc.)</p> <p>d. über Senioren- und Behindertenveranstaltungen</p>	<p>Einzufügen sind:</p> <p>Ziff. 6.2 e: im Bereich des Friedhofswesens über die Gebührengestaltung.</p> <p>Ziff. 6.2 f: über Maßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamtes.</p> <p>Ziff. 6.2 g: über die Vergabe des Ehrenamtspreises.</p>	<p>6. Ausschuss für Bürgerservice, Soziales und Ehrenamt</p> <p>6.1 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales berät alle Angelegenheiten im Bereich des Bürgerservices sowie der Sozialpolitik, soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses (insbesondere des Jugendhilfeausschusses) oder des Rates gegeben ist.</p> <p>6.2 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über allgemeine Zielvorgaben und Zielvereinbarungen im Bereich des Bürgerservice, der Sozialpolitik und der Weiterentwicklung des Ehrenamtes</p> <p>b. über freiwillige Zuwendungen an Verbände, Vereine, Selbsthilfe-gruppen, soweit der Empfänger nicht durch den Rat benannt ist</p> <p>c. über Richtlinien und Grundsätze für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen (Zwar, Alten- und Behindertenzuschüsse etc.)</p> <p>d. über Senioren- und Behindertenveranstaltungen</p> <p><u>e. im Bereich des Friedhofswesens über die Gebührengestaltung</u></p> <p><u>f. über Maßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamtes</u></p> <p><u>g. über die Vergabe des Ehrenamtspreises</u></p>

6.3 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales wirkt mit in Angelegenheiten
a. der Beschäftigungsförderung
b. des sozialen Zusammenhaltes

Ziff. 6.3 b neu: der Arbeitsintegration Jugendlicher mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten.

Ziff. 6.3 b alt wird zu Ziff. 6.3 c

6.3 Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales wirkt mit in Angelegenheiten
a. der Beschäftigungsförderung
b. der Arbeitsintegration Jugendlicher mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten
~~b.c.~~ des sozialen Zusammenhaltes

<p>7. Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität</p> <p>7.1 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Umwelt- und Immissionsschutzes und der Umweltplanung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung der Verkehrs- und Mobilitätsplanung des Grünflächen- und Friedhofswesens des Waldes und Forstes; der Baumschutzangelegenheiten soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist. <p>7.2 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität entscheidet über</p> <ol style="list-style-type: none"> Stellungnahmen zu Planungen und Vorhaben mit hoher Umweltrelevanz, wie zu Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren nach Sondergesetzen (BlmSchG, WHG, AbfG, BBergG u. a.), soweit es sich um bedeutende Vorhaben oder um wesentliche Änderungen bestehender Anlagen handelt bei Stellungnahmen zur Gestaltung oder Inanspruchnahme von Landschaftsräumen, die durch Größe und Potential wichtige Funktionen für die Stadt oder die Stadtteile wahrnehmen bei Grundsatzfragen des Schutzes von Klima, Luft, Wasser, Boden, Landschaft, Natur und Ressourcen über Umweltschutzprogramme und Richtlinien unter Berücksichtigung des Umweltschutzes <p>7.3 Im Bereich der Verkehrsplanung</p> <ol style="list-style-type: none"> über örtliche und überörtliche Verkehrsentwicklungspläne und -programme 	<p>Ziff. 7.1 f neu: der Abfallbeseitigung und Straßenreinigung.</p> <p>Ziff. 7.2 a und b sind zu streichen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung zuzuordnen.</p>	<p>7. Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität</p> <p>7.1 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität berät in allen Angelegenheiten</p> <ol style="list-style-type: none"> des Umwelt- und Immissionsschutzes und der Umweltplanung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung der Verkehrs- und Mobilitätsplanung des Grünflächen- und Friedhofswesens des Waldes und Forstes; der Baumschutzangelegenheiten soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist. <p><u>f. der Abfallbeseitigung und Straßenreinigung</u></p> <p>7.2 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität entscheidet über</p> <p>a. Stellungnahmen zu Planungen und Vorhaben mit hoher Umweltrelevanz, wie zu Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren nach Sondergesetzen (BlmSchG, WHG, AbfG, BBergG u. a.), soweit es sich um bedeutende Vorhaben oder um wesentliche Änderungen bestehender Anlagen handelt</p> <p>b. bei Stellungnahmen zur Gestaltung oder Inanspruchnahme von Landschaftsräumen, die durch Größe und Potential wichtige Funktionen für die Stadt oder die Stadtteile wahrnehmen</p> <ol style="list-style-type: none"> bei Grundsatzfragen des Schutzes von Klima, Luft, Wasser, Boden, Landschaft, Natur und Ressourcen über Umweltschutzprogramme und Richtlinien unter Berücksichtigung des Umweltschutzes <p>7.3 Im Bereich der Verkehrsplanung</p> <ol style="list-style-type: none"> über örtliche und überörtliche Verkehrsentwicklungspläne und -programme
---	---	---

<p>b. Grundsätze der projektorientierten Verkehrsplanung c. über Angelegenheiten des Verkehrsrechtes von besonderer Bedeutung (z. B. Regionalisierungsgesetz) d. über die Herstellung von Verkehrsanlagen, ohne dass ein Bebauungsplan vorliegt (§ 125 Abs. 2 des Baugesetzbuches) e. über Entwurfspläne des Ausbaues von Straßen, Geh- und Radwegen</p> <p>7.4 Im Bereich des Grünflächenwesens: a. über Grundsatzfragen der Planung von Grün- und Freiflächen b. über Grundsatzfragen des Friedhofs- und Kleingartenwesens (z. B. Standortfragen, Bauvorhaben) c. über die Standorte für Kinderspiel-, Bolz- und Sportplätze</p> <p>7.5 Im Bereich des Waldes und Forstes; der Baumschutzangelegenheiten a. über Grundsatzfragen zu Wald- und Forstflächen b. über Belange des Baumschutzes (u.a. Baumschutzsatzung)</p> <p>7.6 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität wird regelmäßig über a. den Sachstand (Kosten/Zeitraumen) zu städt. Baumaßnahmen seines Zuständigkeitsbereiches b. über Auftragsvergaben im VOB-, VOL- und VOF-Bereich ab 25.000 Euro/netto informiert.</p>	<p>Ziff. 7.3 c, d + e sind zu streichen und dem Ausschuss für S&O zuzuordnen.</p>	<p>b. Grundsätze der projektorientierten Verkehrsplanung c. über Angelegenheiten des Verkehrsrechtes von besonderer Bedeutung (z. B. Regionalisierungsgesetz) d. über die Herstellung von Verkehrsanlagen, ohne dass ein Bebauungsplan vorliegt (§ 125 Abs. 2 des Baugesetzbuches) e. über Entwurfspläne des Ausbaues von Straßen, Geh- und Radwegen</p> <p>7.4 Im Bereich des Grünflächenwesens: a. über Grundsatzfragen der Planung von Grün- und Freiflächen b. über Grundsatzfragen des Friedhofs- und Kleingartenwesens (z. B. Standortfragen, Bauvorhaben) c. über die Standorte für Kinderspiel-, Bolz- und Sportplätze</p> <p>7.5 Im Bereich des Waldes und Forstes; der Baumschutzangelegenheiten a. über Grundsatzfragen zu Wald- und Forstflächen b. über Belange des Baumschutzes (u.a. Baumschutzsatzung)</p> <p>7.6 Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität wird regelmäßig über a. den Sachstand (Kosten/Zeitraumen) zu städt. Baumaßnahmen seines Zuständigkeitsbereiches b. über Auftragsvergaben im VOB-, VOL- und VOF-Bereich ab 25.000 Euro/netto informiert.</p>
---	---	--

<p>8. Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation</p> <p>8.1 Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation setzt den Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Er unterstützt den Kontaktaufbau und die Kontaktpflege zur heimischen Wirtschaft und zu den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften sowie weiteren Institutionen.</p>	<p>Ziff. 8.1 ist wie folgt neu zu fassen: „Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation gibt den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt vor. Er berät mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften des Kreises und der Stadt über alle wesentlichen Belange des Arbeitsmarktes, der Wirtschaftsförderung und Innovation. Der Ausschuss unterstützt den Kontaktaufbau und die Kontaktpflege zur heimischen Wirtschaft und zu den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften sowie weiteren Institutionen.</p> <p>Ziff. 8.2 ist wie folgt einzufügen:</p> <p>a) die Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen und deren verkehrlicher Anbindung b) Empfehlungen für den Rat der Stadt zu Themen der Innovationen, Künstliche Intelligenz (KI), Technologie und Automation und deren Auswirkungen. c) Verzahnung wohnungspolitischer Fragestellungen mit arbeits- und wirtschaftspolitischen Interessen. d) Standortsicherung: strategische Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandortes Lünen. e) Arbeitsmarktentwicklung: Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, Nachwuchs- und Fachkräftesicherung. f) Ansiedlung und Bestandspflege: Flächensicherung für Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen, die sich neu ansiedeln oder vergrößern wollen. g)</p>	<p>8. Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation</p> <p>8.1 Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation setzt den Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Er unterstützt den Kontaktaufbau und die Kontaktpflege zur heimischen Wirtschaft und zu den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften sowie weiteren Institutionen.</p> <p><u>8.1 Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation gibt den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt vor. Er berät mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften des Kreises und der Stadt über alle wesentlichen Belange des Arbeitsmarktes, der Wirtschaftsförderung und Innovation. Der Ausschuss unterstützt den Kontaktaufbau und die Kontaktpflege zur heimischen Wirtschaft und zu den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften sowie weiteren Institutionen.</u></p> <p><u>8.2 Er berät über</u></p> <p><u>a) die Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen und deren verkehrlicher Anbindung</u></p> <p><u>b) Empfehlungen für den Rat der Stadt zu Themen der Innovationen, Künstliche Intelligenz (KI), Technologie und Automation und deren Auswirkungen.</u></p> <p><u>c) Verzahnung wohnungspolitischer Fragestellungen mit arbeits- und wirtschaftspolitischen Interessen.</u></p> <p><u>d) Standortsicherung: strategische Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandortes Lünen.</u></p> <p><u>e) Arbeitsmarktentwicklung: Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, Nachwuchs- und Fachkräftesicherung.</u></p>
--	--	---

	<p>Standortmarketing: lokale, regionale und internationale Positionierung Lünens. h) Attraktive Versorgung: Stärkung und Entwicklung wirtschaftlich relevanter Funktionen einer Mittelstadt. i) Vorhaben, Projekte und Planungen bei denen Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen maßgeblich tangiert werden. j) Spezifische Bedürfnisse der wirtschaftlichen Einrichtungen.</p> <p>Ziff. 8.3 ist wie folgt einzufügen: Er entscheidet im Rahmen strategisches Liegenschaftsmanagement über:</p> <p>a) Die Festlegung von Gewerbe und Industrieflächen inklusive Neuausweisung b) Die Festlegung der Vermarktungsbedingungen aller Gewerbe -und Industrieflächen c) den An- und Verkauf sowie Verpachtung und Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden bis zu einer Grenze von 1 Mio. Euro selbstständig. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind die Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind.</p> <p>Ziff. 8.4 ist wie folgt einzufügen: Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation ist regelmäßig über Entscheidungen über die Vergabe von Planungsarbeiten im Rahmen seiner Zuständigkeiten ab einem Auftragsvolumen von 25.000 € zu informieren.</p>	<p><u>f) Ansiedlung und Bestandspflege: Flächensicherung für Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen, die sich neu ansiedeln oder vergrößern wollen.</u></p> <p><u>g) Standortmarketing: lokale, regionale und internationale Positionierung Lünens.</u></p> <p><u>h) Attraktive Versorgung: Stärkung und Entwicklung wirtschaftlich relevanter Funktionen einer Mittelstadt.</u></p> <p><u>i) Vorhaben, Projekte und Planungen bei denen Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen maßgeblich tangiert werden.</u></p> <p><u>j) Spezifische Bedürfnisse der wirtschaftlichen Einrichtungen.</u></p> <p><u>8.3 Er entscheidet im Rahmen strategisches Liegenschaftsmanagement über:</u></p> <p><u>a) Die Festlegung von Gewerbe und Industrieflächen inklusive Neuausweisung</u></p> <p><u>b) Die Festlegung der Vermarktungsbedingungen aller Gewerbe -und Industrieflächen</u></p> <p><u>c) den An- und Verkauf sowie Verpachtung und Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden bis zu einer Grenze von 1 Mio. Euro selbstständig. Gleiches gilt für grundstücksgleiche Rechte. Ausgenommen sind die Grundstücke, die dem Sondervermögen der Zentralen Gebäudebewirtschaftung Lünen zugeordnet sind.</u></p> <p><u>8.4 Der Ausschuss für Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung und Innovation ist regelmäßig über Entscheidungen über die Vergabe von Planungsarbeiten im Rahmen seiner Zuständigkeiten ab einem Auftragsvolumen von 25.000 € zu informieren.</u></p>
--	---	---

<p>9. Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung</p> <p>9.1 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde von besonderer Bedeutung, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen über die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Der in der Hauptsatzung und in der Dienstanweisung geregelte Zuständigkeitsbereich der Gleichstellungsbeauftragten bleibt unberührt. Er entscheidet über den regelmäßig fortzuschreibenden Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Stadt Lünen</p> <p>9.2 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung erhält zweimal jährlich Informationen durch den Bürgermeister zu beabsichtigten wesentlichen Änderungen der Aufbauorganisation.</p> <p>9.3 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung wird über die bedeutsamen Entwicklungen von Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung informiert.</p>	<p>Ziff. 9.1 neu: Der Ausschuss:</p> <p>a) berät Personalentscheidungen gem. § 15 der Hauptsatzung vor (§ 73 GO NRW).</p> <p>b) berät Personalentwicklungs-, Gleichstellungs- und Qualifizierungskonzepte.</p> <p>c) berät Frage-/Problemstellungen zu den allgemeinen Grundsätzen, nach denen die Verwaltung geführt werden soll (§ 41 Abs. 1 Satz 2 lit. A GO NRW) für den Rat vor.</p> <p>d) berät Grundsatzfragen zur Strategie in den Bereichen IT, Digitalisierung und E-Government der Stadt Lünen.</p> <p>e) setzt den Rahmen für das Beteiligungscontrolling. Er berät insbesondere Strukturen und Grundsätze der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt.</p> <p>f) berät für den Rat die sich aus § 41 Abs. 1 lit. I-n zu treffenden Entscheidungen vor.</p> <p>Ziff. 9.1 alt wird Ziff. 9.2 Ziff. 9.2 neu ist wie folgt zu ändern/ ergänzen:</p> <p>a) Ziff. 9.2 a = der letzte Satz ist unter 9.2 b gesondert zu nennen. b) Ziff. 9.2 c ist einzufügen: „das IT-Konzept der Stadt, insbesondere die Festlegung der IT-Infrastruktur sowie die Umsetzung“.</p>	<p>9. Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung</p> <p><u>9.1 Der Ausschuss:</u></p> <p><u>a) berät Personalentscheidungen gem. § 15 der Hauptsatzung vor (§ 73 GO NRW).</u></p> <p><u>b) berät Personalentwicklungs-, Gleichstellungs- und Qualifizierungskonzepte.</u></p> <p><u>c) berät Frage-/Problemstellungen zu den allgemeinen Grundsätzen, nach denen die Verwaltung geführt werden soll (§ 41 Abs. 1 Satz 2 lit. A GO NRW) für den Rat vor.</u></p> <p><u>d) berät Grundsatzfragen zur Strategie in den Bereichen IT, Digitalisierung und E-Government der Stadt Lünen.</u></p> <p><u>e) setzt den Rahmen für das Beteiligungscontrolling. Er berät insbesondere Strukturen und Grundsätze der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt.</u></p> <p><u>f) berät für den Rat die sich aus § 41 Abs. 1 lit. I-n zu treffenden Entscheidungen vor.</u></p> <p>9.4.2 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde von besonderer Bedeutung, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen über die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Der in der Hauptsatzung und in der Dienstanweisung geregelte Zuständigkeitsbereich der Gleichstellungsbeauftragten bleibt unberührt. Er entscheidet über den regelmäßig fortzuschreibenden Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Stadt Lünen</p>
---	--	---

	<p>Ziff. 9.2 alt wird Ziff. 9.3 und ist wie folgt zu ändern: Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung wird halbjährlich durch den Bürgermeister informiert über:</p> <p>a) über die Zahl der ausgesprochenen Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Beamten/Beamtinnen im höheren, gehobenen und mittleren Dienst b) über die erfolgten Abordnungen und Versetzungen von BeamtenInnen des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes zu anderen Dienstherren. c) die vergleichbaren Entwicklungen bei den tariflich Beschäftigten. d) beabsichtigte / erfolgte Neueinstellungen. e) den aktuellen Stand i. S. Personalverträge / Beraterverträge intern und extern.</p> <p>f) die personellen Entwicklungen im Rahmen der Gleichstellung nach Geschlecht, Ethnie, Behinderung und anderen AGG abgedeckten Tatbeständen (soweit erfasst).</p>	<p><u>b. Er entscheidet über den regelmäßig fortzuschreibenden Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Stadt Lünen.</u></p> <p><u>c. über das IT-Konzept der Stadt, insbesondere die Festlegung der IT-Infrastruktur sowie die Umsetzung</u></p> <p><u>9.2 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung erhält zweimal jährlich Informationen durch den Bürgermeister zu beabsichtigten wesentlichen Änderungen der Aufbauorganisation.</u></p> <p><u>9.3 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung wird halbjährlich durch den Bürgermeister informiert über:</u></p> <p><u>a) über die Zahl der ausgesprochenen Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Beamten/Beamtinnen im höheren, gehobenen und mittleren Dienst</u></p> <p><u>b) über die erfolgten Abordnungen und Versetzungen von BeamtenInnen des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes zu anderen Dienstherren.</u></p> <p><u>c) die vergleichbaren Entwicklungen bei den tariflich Beschäftigten.</u></p> <p><u>d) beabsichtigte / erfolgte Neueinstellungen.</u></p> <p><u>e) den aktuellen Stand i. S. Personalverträge / Beraterverträge intern und extern.</u></p> <p><u>f) die personellen Entwicklungen im Rahmen der Gleichstellung nach Geschlecht, Ethnie, Behinderung und anderen AGG abgedeckten Tatbeständen (soweit erfasst).</u></p> <p><u>9.3 4</u> Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung wird über die bedeutsamen Entwicklungen von Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung informiert.</p>
--	---	--

		<p><u>9.5 Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung setzt den Rahmen für Beteiligungscontrolling. Er berät insbesondere Strukturen und Grundsätze der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt.</u></p>
--	--	---

<p>10. Jugendhilfeausschuss</p> <p>10.1 Der Jugendhilfeausschuss berät in allen Aufgaben der Jugendhilfe, soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>10.2 Der Jugendhilfeausschuss entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe • die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden <p>b. über die Jugendhilfeplanung</p> <p>c. über die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>d. über den Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder (gem. § 10 GTK)</p> <p>e. über die Genehmigung einer geringeren Öffnungsdauer sowie die anteilige Kürzung von Zuschüssen gem. § 18 Abs. 2 Satz 1 GTK</p> <p>f. über die Regelung, welche Träger durch § 13 Abs. 4 und § 18 Abs. 4 GTK begünstigt werden</p> <p>g. über die Genehmigung einer Vereinbarung über Tageseinrichtungsplätze für Betriebe nach § 20 Abs. 2 GTK</p> <p>h. über die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen</p> <p>i. über die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Ausschuss und die Kammer für Wehrdienstverweigerung</p> <p>j. über die öffentliche Anerkennung nach § 75 KJHG in Verbindung mit § 25 AG-KJHG</p>		<p>10. Jugendhilfeausschuss</p> <p>10.1 Der Jugendhilfeausschuss berät in allen Aufgaben der Jugendhilfe, soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses oder des Rates gegeben ist.</p> <p>10.2 Der Jugendhilfeausschuss entscheidet im Einzelnen</p> <p>a. über die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe • die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden <p>b. über die Jugendhilfeplanung</p> <p>c. über die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>d. über den Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder (gem. § 10 GTK)</p> <p>e. über die Genehmigung einer geringeren Öffnungsdauer sowie die anteilige Kürzung von Zuschüssen gem. § 18 Abs. 2 Satz 1 GTK</p> <p>f. über die Regelung, welche Träger durch § 13 Abs. 4 und § 18 Abs. 4 GTK begünstigt werden</p> <p>g. über die Genehmigung einer Vereinbarung über Tageseinrichtungsplätze für Betriebe nach § 20 Abs. 2 GTK</p> <p>h. über die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen</p> <p>i. über die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Ausschuss und die Kammer für Wehrdienstverweigerung</p> <p>j. über die öffentliche Anerkennung nach § 75 KJHG in Verbindung mit § 25 AG-KJHG</p>
---	--	---

<p>k. über die Grundsätze und Richtlinien für die Zusammenarbeit aller Stellen der öffentlichen und freien Jugendhilfe l. über die Planung und Ausgestaltung von Kinderspiel- und Bolzplätzen.</p> <p>10.3 Der Jugendhilfeausschuss wirkt bei der Förderung von Beschäftigungsinitiativen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Lünen mit. 10.4 Der Jugendhilfeausschuss hört den/die Kandidat/in für die Stelle des Jugendamtsleiters (Funktion gem. SGB VIII) vor der Berufung an.</p>		<p>k. über die Grundsätze und Richtlinien für die Zusammenarbeit aller Stellen der öffentlichen und freien Jugendhilfe l. über die Planung und Ausgestaltung von Kinderspiel- und Bolzplätzen.</p> <p>10.3 Der Jugendhilfeausschuss wirkt bei der Förderung von Beschäftigungsinitiativen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Lünen mit. 10.4 Der Jugendhilfeausschuss hört den/die Kandidat/in für die Stelle des Jugendamtsleiters (Funktion gem. SGB VIII) vor der Berufung an.</p>
---	--	---

11. Rechnungsprüfungsausschuss		11. Rechnungsprüfungsausschuss
<p>11.1 Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss. Er bedient sich hierbei der Rechnungsprüfung (§ 59 Abs. 3 GO NRW).</p>	<p>Die Verwaltungsvorlage ist zu ändern und wie folgt neu zu fassen: Ziff. 11.1 neu: Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes (vgl. § 59 Abs. 3 S. 1 GO NRW). Er bedient sich hierbei der Rechnungsprüfung oder eines Dritten gem. § 102 Abs. 2 (vgl. § 59 Abs. 3 S. 2 GO NRW). Im Falle der Beauftragung eines Dritten, hat der Rechnungsprüfungsausschuss hierüber vorab einen Beschluss zu fassen (vgl. §102 Abs. 2 S. 2 GO NRW).</p>	<p>11.1 Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss. Er bedient sich hierbei der Rechnungsprüfung (§ 59 Abs. 3 GO NRW). <u>11.1 Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes (vgl. § 59 Abs. 3 S. 1 GO NRW). Er bedient sich hierbei der Rechnungsprüfung oder eines Dritten gem. § 102 Abs. 2 (vgl. § 59 Abs. 3 S. 2 GO NRW). Im Falle der Beauftragung eines Dritten, hat der Rechnungsprüfungsausschuss hierüber vorab einen Beschluss zu fassen (vgl. §102 Abs. 2 S. 2 GO NRW).</u></p>
<p>11.2 Der Rechnungsprüfungsausschuss berät den Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung (Gemeindeprüfungsanstalt). Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratungen.</p>	<p>Ziff.11.2 neu: Der Rechnungsprüfungsausschuss berät den Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung (Gemeindeprüfungsanstalt) nach Vorlage durch den Bürgermeister (vgl. § 105 Abs. 6 S. 1 GO NRW). Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratungen (vgl. § 105 Abs. 6 S. 3 GO NRW).</p>	<p>11.2 Der Rechnungsprüfungsausschuss berät den Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung (Gemeindeprüfungsanstalt). Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratungen. <u>11.2 Der Rechnungsprüfungsausschuss berät den Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung (Gemeindeprüfungsanstalt) nach Vorlage durch den Bürgermeister (vgl. § 105 Abs. 6 S. 1 GO NRW). Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratungen (vgl. § 105 Abs. 6 S. 3 GO NRW).</u></p>
<p>11.3 Der Rechnungsprüfungsausschuss kann der örtlichen Rechnungsprüfung im Rahmen seiner gesetzlichen und der vom Rat übertragenen Aufgaben Aufträge erteilen.</p>	<p>Ziff.11.3 neu: Der Rechnungsprüfungsausschuss kann der örtlichen Rechnungsprüfung gem. § 6 Abs. 3 RPO Lünen im Rahmen seiner gesetzlichen und der vom Rat übertragenen Aufgaben Aufträge erteilen.</p>	<p>11.3 Der Rechnungsprüfungsausschuss kann der örtlichen Rechnungsprüfung im Rahmen seiner gesetzlichen und der vom Rat übertragenen Aufgaben Aufträge erteilen. <u>11.3 Der Rechnungsprüfungsausschuss kann der örtlichen Rechnungsprüfung gem. § 6 Abs. 3 RPO Lünen im Rahmen seiner gesetzlichen und der vom Rat übertragenen Aufgaben Aufträge erteilen.</u></p>

<p>12. Betriebsausschuss Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen</p> <p>Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses werden durch die Betriebssatzung des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen (ZGL) geregelt.</p>		<p>12. Betriebsausschuss Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen</p> <p>Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses werden durch die Betriebssatzung des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen (ZGL) geregelt.</p>
--	--	--